



Ein rumänischer Saisonarbeiter Anfang April nach der Ankunft auf dem Flughafen Berlin-Schönefeld. GETTY

Die hohen Kosten des Billigschnittzels

Corona hat die strukturelle wirtschaftliche Ungleichheit in der EU augenfällig gemacht. Viele westliche Betriebe leben gut von der Not der Osteuropäer. Das kann nicht ewig so weitergehen. Gastkommentar von Adrian Grama und Ulf Brunnbauer

Die CVP hat den Marsch vom Christlichen in die Mitte angetreten. Dieser Verzicht auf das C im Namen ist zu begrüssen. Denn seit der Unterstützung der «Fristenlösung» und der «Ehe für alle» durch massgebliche Kräfte der CVP ist der Bezug zum Christentum unglaubwürdig geworden. Zudem sind aus der Sicht der katholischen Kirche Parteien, die als verlängerter Arm der Kirchenleitung wahrgenommen werden können, seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1965) nicht länger erwünscht. In allen Parteien, die den Rechtsstaat respektieren, sollen sich Christen einbringen. Denn auch Parteien, die kein C vor sich hertragen, verwirklichen Grundüberzeugungen des Christentums: Die Freiheit eines jeden Menschen und seines Gewissens ist auf christlichem Boden gewachsen.

Man kann sie mehr im Individuellen angesiedelt sehen (FDP) oder in der Betonung der Nation als Garantin für ihre tatsächliche Verwirklichung (SVP). Solidarität mit den Schwächeren und ihre rechtsstaatliche Ordnung ist eine Fortschreibung christlicher Caritas (SP). Und die Bewahrung der Schöpfung ist ein Gedanke, der sich jüdisch-christlicher Tradition verdankt: Die Natur ist nicht Verfügungsmasse, sondern stellt einen Wert in sich dar, weil sie «sehr gut» ist, wie es am Anfang der Bibel heisst (Grüne, GLP).

Man kann für diese Sichtweise Carl Schmitts These heranziehen, alle prägnanten Begriffe der politischen Staatslehre seien säkularisierte theologische Begriffe. Es stellt sich allerdings die Frage, ob die christlichen Grundsätze, von denen die meisten Parteien und Moralvorstellungen heute zehren, Bestand haben werden. Wenn der christliche Glaube, der die Ideen von Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Bewahrung der Schöpfung gross gemacht hat, ausgebrannt ist und – der ersten Stufe einer Mondrakete ähnlich – abgekoppelt in den Weiten des Weltalls verschwindet: Fliegen diese Ideen dann allein weiter, oder stürzen sie ab? Die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts scheinen darauf hinzudeuten,

Für die letzten Fragen bleiben religiöse Antworten relevant

Eine Religionsgemeinschaft soll keine zusätzliche politische Kraft sein, sondern eine metapolitische Grösse, die den Himmel offenhält und dem Menschen eine transzendente Perspektive bietet. Gastkommentar von Martin Grichting

dass sie ohne christlichen Treibstoff die Flughöhe nicht halten können und zu Individualismus, Nationalismus sowie Kollektivismus degenerieren. Und wenn Froschlauch inzwischen mehr rechtlichen Schutz als menschliche Embryonen genießt, ist auch hier die Umlaufbahn verlassen worden.

Zu bedenken ist zudem: Die zeitgenössischen Hüter säkularisierter Christlichkeiten, die so tun, als seien die Menschenrechte für immer abgesichert, befinden sich in einem globalen Wettbewerb mit Mächten, die diese Grundrechte keineswegs als universal betrachten. In China, das auf der Basis eines Gebräus aus östlicher Religion, marxistischer

Ein stillgelegtes Europa ist ein Europa in der Krise. Dies war die Lektion, als im März die erste Covid-19-Welle zur Abriegelung der Grenzen führte und mit einem Schlag deutlich machte, wie stark das Wirtschaftsmodell der EU nicht nur auf der Mobilität von Gütern und Kapital, sondern auch von Menschen beruht. Nirgendwo war dies augenfälliger als in Ost- und Südosteuropa. Von dort wurden trotz Grenzsperrn, eingepfercht in Maschinen von Billigfluggesellschaften und Langstreckenbusse, still und leise Arbeiter eingeschleust, um Deutschlands Spargelernte zu retten – ein Gemüse, das nur wenige Osteuropäer konsumieren. Die österreichische Regierung wiederum organisierte Korridorzüge für Pflegepersonal aus Rumänien. Die Arbeitsmigration kam also nie zum Stillstand. Was besagt dies über die Lage der EU und ihre Zukunft?

Es waren medizinische, nicht moralische Gründe, weshalb die Pandemie die strukturelle Ungleichheit innerhalb Europas in den Fokus der Öffentlichkeit rückte. Mit ihrem Beitritt zur EU (2004, 2007 und 2013) wurden die ehemals kommunistischen Länder Osteuropas zu einem Pool billiger Arbeitskräfte für die wohlhabenderen europäischen Ökonomien. Überall wurden ausländische Investoren ungeachtet ihrer Geschäftspraktiken enthusiastisch begrüßt; im Gegenzug boten die Staaten niedrige Steuern, geringe Löhne und laxen Regeln.

Während frisches Kapital nach Ostmittel- und Südosteuropa floss, bewegten sich Millionen von Arbeitskräften in die entgegengesetzte Richtung: Kein landwirtschaftlicher Grossbetrieb in Spanien oder Italien, kein Altersheim in Österreich oder Frankreich, kein Lieferservice in den Niederlanden und auch nicht die Bauindustrie Deutschlands könnte ohne den Zustrom von billigen Arbeitskräften aus Polen, Ungarn, Tschechien, Rumänien, Slowenien und Kroatien überleben. Dieses Phänomen ist keineswegs neu. Der wirtschaftliche Nachkriegsboom in Westeuropa basierte wesentlich auf dem Einsatz von Gastarbeitern aus Südeuropa und dem Maghreb. Erinnert sei an Ambrosio, den spanischen Gastarbeiter in Beat Sterchis Roman «Blösch» aus dem Jahr 1983: Ambrosio kam in die Schweiz, um als Knecht auf einem Bauernhof zu arbeiten, und strandete in einem Schlachthof – wo auch die Kuh Blösch endete. Nur die Dimensionen haben sich geändert.

Vor der Pandemie sprachen kritische Stimmen wie der Soziologe Stephan Lessenich von Europa als Externalisierungsgesellschaft – einer Gesellschaft, deren Wohlstand von der Ausbeutung weit entfernter Weltgegenden abhängig sei. Covid-19-Cluster im Herzen Europas zeigen nun aber, dass für unseren Reichtum nicht nur über Kontinente hinweg, sondern auch in der Nachbarschaft Rechnungen gestellt werden. Osteuropäische Arbeiter schufteten unter miserablen Bedingungen und bei schlechter Unterbringung in Rosendahl, Coesfeld, Osnabrück, Niederlehme, Wildeshausen, Rheda-Wiedenbrück und Oldenburg bestenfalls zum Mindestlohn, damit gedankenlose Konsumenten Fleisch zum Discountpreis kaufen können.

Warum hat es so lange gedauert, bis uns die sozialen Kosten des billigen Schnittzels bewusst

Osteuropäische Migranten blieben für Westbürger unsichtbar, solange alles reibungslos funktionierte.

wurden? Osteuropäische Migranten blieben für Westbürger unsichtbar, solange alles funktionierte. Mit dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie wurden sie auf einmal in ihrer körperlichen Präsenz sichtbar. Plötzlich stellten sie eine Gefahr dar, so dass ganze Landkreise in die Isolation mussten.

Und doch prangert kaum eine osteuropäische Regierung dieses System der Erniedrigung an. In Rumänien, von wo die Mehrheit der Arbeiter für deutsche Schlachthöfe kommt, dreht sich die Debatte um die Frage, ob Schlachthofarbeiter in Deutschland wirklich 9 Euro 35 pro Stunde verdienen (und damit das Vierfache des rumänischen Mindestlohns). Keine Regierung in der Region wagt es, das moralisch fragwürdige Modell westlichen Billigwirtschaftens infrage zu stellen, denn es gibt den darben eigenen Bürgern die Hoffnung auf ein besseres Leben, so entbehrungsreich es auch sein mag.

Während wir werden lernen müssen, mit dem Virus und seinen Folgen zu leben, sollten wir auch das Nachdenken über die Zukunft Europas nicht vernachlässigen. Werden die Annehmlichkeiten des Status quo ante wiederkehren, wird weiterhin eine strukturelle Ungleichheit herrschen, die von allen stillschweigend akzeptiert wird? Oder wird es ein Erwachen aus diesem Albtraum geben und sich die Überzeugung ausbreiten, dass das weitverbreitete Niedrigkosten-Wirtschaftsmodell so nicht haltbar ist?

Vorerst hat sich die deutsche Regierung verpflichtet, die Werkverträge in der Fleischindustrie zu beenden und die Unternehmen direkt für ihre osteuropäischen Arbeitskräfte verantwortlich zu machen. Dies ist ein Schritt nach vorn, aber ausreichend ist das nicht. Wenn die EU sich reformieren und weiterentwickeln will, sollte sie auch gewillt sein, das Leben an den östlichen und südöstlichen Rändern des Kontinents lebenswerter zu machen. Einfach wird das definitiv nicht werden.

Adrian Grama und Ulf Brunnbauer sind Sozialhistoriker und Dozenten am Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung in Regensburg.

sie gewöhnlich, das Böckenförde-Diktum anzuführen, wonach der freiheitliche und säkulare Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht zu garantieren vermag. Es wird für die Religionsgemeinschaften aber nicht ausreichend sein, sich mit diesem bis zum Überdruß strapazierten Sinnspruch zu trösten. Vielmehr muss man ihn im Kontext lesen. Denn Böckenförde hat auch gesagt, wie Religionsgemeinschaften ihre Funktion für Staat und Gesellschaft wahrnehmen sollten: nicht im Sinne einer «religion civile», auch nicht durch eine «sie selbst funktionalisierende Anpassungsstrategie», sondern indem sie «unverkürzt» ihre Sendung erfüllen. Das bedeutet: Eine Religionsgemeinschaft ist keine zusätzliche politische Kraft, sondern eine metapolitische Grösse, die den Himmel offenhält, die dem Menschen über das alltägliche Funktionieren hinaus eine transzendente Perspektive bietet.

Dies verlangt politische Selbstbescheidung – vor allem des kirchlichen Leitungspersonals – und die Anerkennung der Tatsache, dass es eine säkulare Wirklichkeit gibt, die nicht von Religionsgemeinschaften geordnet, sondern von Bürgerinnen und Bürgern regiert wird, deren Gewissen religiös geprägt ist. Und es verlangt den Mut, auf dem Areopag der Meinungen zur eigenen unverkürzten Botschaft zu stehen. 2000 Jahre Christentum haben nicht nur Schattenseiten hervorgebracht. Sie sind ein Hinweis darauf, dass sich die letzten Fragen des Menschen nicht erledigen lassen und dass die religiösen Antworten darauf für das Diesseits relevant sind, gemäss dem Wort von Alexis de Tocqueville: «Jede Religion wird von einer ihr verwandten politischen Meinung begleitet.» Auf diesen Dienst werden Gesellschaften, die Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Bewahrung der Schöpfung hochhalten, nicht verzichten können, auch wenn sie das derzeit glauben mögen.

Martin Grichting ist Generalvikar des Bistums Chur.